Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer

Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation

Band: 13 (1986)

Heft: 3

Artikel: Tschernobyl-Schatten auf Schweizer Energiepolitik : Verunsicherung nach der Katastrophe

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-911244

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Tschernobyl-Schatten auf Schweizer Energiepolitik:

Verunsicherung nach der Katastrophe

Tschernobyl hat die Fronten in der schweizerischen Kernenergie-Diskussion in Bewegung gebracht. Diesen Schluss ziehen Beobachter aus der dreitägigen Marathon-Debatte, welche die eidgenössischen Räte im Juni dem Reaktorunfall in der Ukraine und dessen Auswirkungen auf unser Land widmeten. Von linker Seite und von «Grünen» wurde engagiert ein sofortiges Umdenken und der «Ausstieg» aus der Kernenergie gefordert. Bürgerliche Votanten warnten vor den Folgen überstürzter Massnahmen, aber nicht wenige von ihnen plädierten für eine «Denkpause» und einen «Marschhalt». Unbehagen und Verunsicherung machten sich bis weit in die Reihen bisheriger Kernenergiebefürworter hinein bemerkbar.

In der sich über rund 19 Stunden hinziehenden Debatte meldeten sich an die 100 National- und Ständeräte zu Wort. Gleich zwei Mitglieder der Landesregierung, nämlich Bundespräsident Alphons Egli als Vorsteher des Departements des Innern und Bundesrat Leon Schlumpf als Chef des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements, standen den Volksvertretern Rede und Antwort.

Egli: Gesundheit nicht gefährdet

Selbst unter pessimistischen Annahmen sind laut Bundespräsident Egli keine Auswirkungen der erhöhten Radioaktivität infolge der Tschernobyl-Katastrophe auf die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung zu befürchten. Das von der Schweiz angewandte Dosismassnahmenkonzept (Limite 500 Millirem) garantiere einen ausreichenden Schutz.

Egli räumte ein, die unterschiedlichen Grenzwerte dies- und jenseits der Landesgrenzen und die uneinheitlichen, oft widersprüchlichen Massnahmen in den einzelnen Ländern hätten in der Bevölkerung Verunsicherung ausgelöst. Der Bundesrat habe deshalb die Initiative zu einer internationalen Angleichung der Radioaktivitäts-Grenzwerte ergriffen.

Schlumpf: Alternativen fehlen

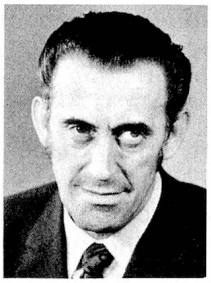
«Tschernobyl ist in der Tat ein Mahnmal», erklärte Bundesrat Schlumpf. Dennoch sei ein Unfallablauf wie in Tschernobyl nach menschlichem Ermessen für Schweizer Kernkraftwerke auszuschliessen. Man sei sich des hohen Gefahrenpotentials der Kernenergietechnologie immer bewusst gewesen und habe von Anfang an besonders hohe Sicherheitsanforderungen gestellt. Vertretbare Alternativen zur Kernenergie stünden vorderhand nicht zur Verfügung, erklärte Schlumpf und warnte vor den negativen Folgen einer Stromverknappung auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft.

Ausstieg oder Denkpause?

Geprägt wurde die Debatte von der persönlichen Betroffenheit nach der Katastrophe von Tschernobyl. Je nach politischem Standort wurden daraus jedoch unterschiedliche Folgerungen gezogen. Für die Sprecher der Sozialdemo-

Dario Robbiani (SP, TI)

«Ich war bisher kein praktizierender Antiatomiker, jetzt aber bin ich einer geworden und sehe ein, dass die Wissenschaft nicht so rational argumentiert, wie es scheint.»



A. Rüttimann (CVP, AG)

«Auf die Atomenergie, die 40 Prozent des Bedarfs deckt, können wir vorläufig nicht verzichten.»

Anita Fetz (Poch, BS)

«Es gibt nur eine Konsequenz aus dem Geschehenen: Ein völliger Verzicht auf die Atomkraft mit Stichtag 1. August 1991, dem 700. Geburtstag der Eidgenossenschaft. Steigen wir aus der Atomfalle aus und machen wir uns dieses Geburtstagsgeschenk.»

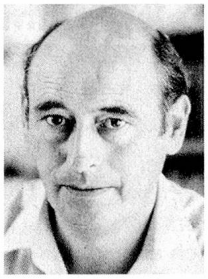
Judith Stamm (CVP, LU)

«Ein Aussteigen kommt trotz allem billiger zu stehen als eine neue Katastrophe.»

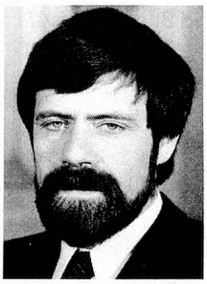
H. Allenspach (FDP, ZH)

«Es ist die unsinnigste Forderung, unsere sicheren Kernkraftwerke abzustellen, wenn wir dadurch von den unsicheren in andern Staaten abhängig werden. Es geht um ein globales Problem. Internationale Sicherheitsnormen sind nötig.»

H. R. Nebiker (SVP, BL)



«Schon heute ist für mich klar, dass das Restrisiko zu gross ist, auch wenn unsere Anlagen 100mal sicherer sind als die der Sowjetunion. Wir brauchen klare energiepolitische Ziele, die uns mittelfristig aus der Kernenergie hinausführen.»



Paul Günter (LdU, BE)

«Die Schweiz hat in Europa die höchste natürliche Radioaktivität. Der Unfall von Tschernobyl hat diese Strahlung noch verdoppelt. Es gibt aber keine unschädliche Strahlung. Selbst die kleinsten Dosen können die Krebsgefahr erhöhen. Experten rechnen mit 3000 bis 10000 zusätzlichen Krebstoten in den nächsten Jahrzehnten.»

Willy Loretan (FDP, AG)

«Tschernobyl und das faktische Moratorium für KKW in der Schweiz dürfen nicht dazu führen, dass die Wasserkraft weiter ausgebaut wird und neue Landschaften geopfert werden. Der Weg muss mit andern Alternativen gesucht werden.»

Alexander Euler (SP, BS)

«Auch bei uns kann eine atomare Grosskatastrophe jederzeit passieren. Die Sicherheit der Containments ist sehr trügerisch und höchstens für kleinere Störfälle genügend. Die Menschen müssen sich deshalb selber gegen AKWs zur Wehr setzen.»

kratischen Partei (SP), der Progressiven Organisationen der Schweiz (Poch) sowie des Landesrings der Unabhängigen (LdU) ist die Lehre klar: Ausstieg aus der Atomenergienutzung, und zwar so rasch als möglich.

Zurückhaltender äusserten sich die Vertreter der Freisinnigen (FDP), der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) und der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Aber auch aus diesen Reihen war vereinzelt der Ruf nach einer Zukunft ohne Kernenergie zu vernehmen.

Fest steht, dass es im Schweizer Parlament zur Zeit keine Mehrheit für ein sofortiges Abschalten der einheimischen Atomkraftwerke gibt. Die Option eines mittelfristigen Ausstiegs nach schwedischem Muster ist jedoch nach Tschernobyl in den Bereich des Möglichen gerückt. In absehbarer Zeit will der Bundesrat dem Parlament einen Bericht zu dieser Frage unterbreiten.

Die «Neue Zürcher Zeitung» glaubte denn auch gegen Ende der Tschernobyl-Debatte im Bundeshaus einen «Hauch von doppelter Zufriedenheit à la suèdoise» ausmachen zu können: Zufriedenheit der Kernenergiegegner ob der sich abzeichnenden Verbannung der verhassten Energiequelle und zugleich Zufriedenheit der Verfechter der Nuklearenergie, die überzeugt sind, dass sich der Ausstieg ohnehin nie bewerkstelligen lässt.

Vertagung von Kaiseraugst?

Auf einem anderen Blatt steht, ob an den Bau des umstrittenen sechsten Schweizer Atomkraftwerks bei Kaiseraugst nach dem Tschernobyl-Schock im Ernst noch zu denken ist. Bis zur allfälligen Erteilung der Baubewilligung, d. h. bis mindestens 1988/89, unterliegt das bereits mit einer Rahmenbewilligung ausgestattete Projekt nach den Worten von Energieminister Schlumpf ohnehin einem «faktischen Moratorium». Dieses könnte ohne weiteres in eine unbefristete «Denkpause» münden - bis eines Tages die Promotoren von Kaiseraugst das letzte Interesse an ihrem Projekt verloren haben.

Weiterer Urnengang in Sicht

Selbst wenn Tschernobyl (wie das vor Jahresfrist medienbeherrschende Waldsterben) schon bald wieder durch andere Sorgen verdrängt werden sollte - es ist dafür gesorgt, dass das Thema Kernenergie für weitere Jahre auf der politischen Traktandenliste der Eidgenossenschaft figurieren wird: Ende Juni haben die Sozialdemokraten die Lancierung einer Volksinitiative für den Ausstieg aus der Kernenergie angekündigt. Ebenfalls in der Luft liegt eine Moratoriumsinitiative des «Nordwestschweizer Aktionskomitees gegen Atomkraftwerke».

Damit darf als praktisch sicher gelten, dass es in der Schweiz in ein paar Jahren zu einem neuen Urnengang über die Nutzung der Kernenergie kommen wird. Zweimal schickte der Schweizer Souverän in der Vergangenheit antinukleare Initiativen bachab. Ob er in Zukunft gleich entscheiden wird, wagt heute niemand zu prophezeihen. *SR* ●

40 Prozent Atomstrom

In der Schweiz stehen zur Zeit fünf Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 3000 Megawatt in Betrieb: Beznau-1 (seit 1969), Mühleberg und Beznau-2 (1971), Gösgen (1979) und Leibstadt (1984). Sie liefern rund 40 Prozent des in unserem Land erzeugten Stroms. Vier weitere Nuklearblöcke sind geplant: Für Kaiseraugst (AG) und Graben (BE) liegen baureife Projekte vor. In Planung sind Verbois (GE) sowie Inwil (LU).